Änderungsantrag

TOP:	
Vorlagen-Nummer:	**V/2010/08920**
Datum:	19.05.2010
Bezug-Nummer.	V/2010/08702
Kostenstelle/Unterabschnitt:	
Verfasser:	Dr. Meerheim, Bodo
Plandatum:	

Beratungsfolge	**Termin**	**Status**
Stadtrat	26.05.2010	öffentlich Entscheidung

Betreff: **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verbesserung der Breitbandversorgung (Vorlage-Nr.: V/2010/08702)**

Beschlussvorschlag:

Punkt 1 und 2 werden gestrichen.

Punkt 3 als Bezeichnung entfällt, der Text erhält folgende Fassung:

Für das 4. Quartal 2010 wird ein öffentlicher lokaler „Breitbandgipfel“ aller Interessengruppen einberufen, um Möglichkeiten **einer flächendeckenden Breitbandversorgung** zu erörtern. **Dabei wird durch die Verwaltung in Abstimmung mit dem Wirtschaftsausschuss ein abgegrenztes, derzeit stark unterversorgtes Gebiet festgelegt, auf welches sich die Bemühungen fokussieren sollen.**

gez. Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender der Fraktion

Begründung:

Im Wirtschaftsausschuss am 27.04.2010 wurde durch die Verwaltung dargestellt, dass sie zu Punkt 1 und vor allem zu Punkt 2 große Bedenken hat. Das „Vorantreiben des Ausbaus“ kann als eigentliche Ausbauleistung interpretiert werden, wozu die Stadt nicht über die Mittel verfügt. Ein Engagement der Stadtwerke oder anderweitige Aktivitäten sind vielleicht denkbar, jedoch **nach** einem umfassenden Abwägungsprozess. Eine ähnliche Übersichtskarte wie im Punkt 2 gefordert, wurde laut Verwaltung in Magdeburg mit enormem Aufwand erstellt. Die Effekte sind nicht adäquat, da mit wenig Aufwand zwar nicht die genaue, aber doch eine klare Unterversorgung in bestimmten Gebieten festgestellt werden kann.

Die Änderung von Punkt 3 ergibt sich aus der Diskussion im Wirtschaftsausschuss. Die Verwaltung hat einem solchen Vorgehen prinzipiell zugestimmt. Wenn die Versorgung mit Breitbandtechnik nicht forciert wird, werden ganze Stadtteile abgehängt (bleiben). Für viele Bürger und Betriebe ist es eines der Probleme, auf deren Lösung sie keinen Einfluss haben. Daher ist dringend geboten, mit einem Referenzgebiet in Halle (Saale) anzufangen und dort alle Möglichkeiten breit zu erörtern und Lösungen anzugehen. Gerade durch die Vergabe der neuen Internetfrequenzen ergibt sich ein großer Handlungsdruck: Einerseits soll das flache Land besonders bedacht werden, im Umkehrschluss unterversorgte hallesche Gebiete noch lange warten müssen. Andererseits werden die Internetfrequenzen, aber auch die leitungsbasierte Technik „an den Mann“ gebracht werden müssen. Wer sich hier verstärkt in Erinnerung ruft, hat sicher die besseren Karten.

Stellungnahme der Verwaltung:

Grundsätzlich ist das Thema „Breitbandversorgung“ ein Thema der Wirtschaft.
In der Wirtschaftsförderung der Stadt Halle sowie der ganzen Verwaltung bestehen keine Ressourcen für die Übernahme des Themas „Breitband“ im Hinblick auf Privathaushalte sowie kommerzieller Bedarfe.

Handlungsbedarfe bezüglich möglicher vermittelnder Funktionen seitens der Wirtschaftsförderung bestehen nur, wenn diese durch Firmen/Unternehmen angezeigt werden und diese durch die Telekommunikationswirtschaft nicht abgedeckt werden können.

Der Wirtschaftsförderung ist im reaktiven Sinne, außer für das Industriegebiet Trotha, Magdeburger Chaussee, kein Fall bekannt, der darauf hinweist, dass eine Existenzgefährdung durch einen fehlenden Telekommunikationsanschluss hervorgerufen wird.

In Abstimmung mit dem Dezernat I könnte die Verwaltung als Katalysator zwischen Anbietern und Nutzern von Telekommunikationsdienstleistungen unterstützend tätig werden. Als Vorschlag würde die Stadt Halle ein Webformular/Online-Formular ins Netz stellen, um die entsprechenden Bedarfe zu ermitteln bzw. zu identifizieren. Auf dieser Grundlage kann das Thema „Breitbandversorgung“ weiter inhaltlich erörtert werden.

Wolfram Neumann
Beigeordneter für Wirtschaft
und Arbeit